

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Reißeck, am Samstag, den 15. Dezember 2018, mit Beginn um 15:00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde Reißeck.

Anwesend: Bürgermeister Kurt Felicetti als Vorsitzender

Mitglieder des Gemeinderates:

Hr. Andreas Kleinfurher	Hr. Ing. Johann Paul Unterweger
Hr. Thomas Stefan	Fr. Elke Steinwender
Fr. Melanie Rindler	Hr. Ing. Rupert Viehhauser
Hr. Ing. Herbert Mandler	Hr. Stefan Burger
Hr. Stefan Helmut	Fr. Doris Unterrainer
Hr. Friedrich Kritzer	Fr. Tamara Penker
Hr. Norbert Sattlegger	Fr. Carmen Thaler
Fr. Heidi Moser	Hr. Ing. Ronald Meixner
	Fr. Birgit Huber

Anwesendes Ersatzmitglied:

Hr. Robert Unterrainer

Entschuldigt abwesend:

Fr. Michaela Aichholzer

Schriftführer: Herwig Fercher

Die Zustellnachweise für die heutige Sitzung liegen vor. Der Gemeinderat ist beschlussfähig. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der Allgemeinen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung vom Bürgermeister auf den heutigen Tag mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Fragestunde
2. Bestellung der Protokollunterfertiger
3. Angelobung eines neugewählten Mitgliedes des Gemeinderates
4. Nachwahl einer Ausschussfunktion
5. Wasserverband Lurnfeld-Reißeck; Nominierung eines Vertreters für den Kontrollausschuss
6. Ausschussberichte
7. FF-Penk; Fassung eines Grundsatzbeschlusses für den Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges
8. Beitragsleistungen zu Förderanträgen an den Kärntner Landesfeuerwehrverband
 - a. FF-Penk; Ankauf eines Öl-, Wasser-, Restlossaugers
 - b. FF-Kolbnitz; Ankauf eines Hebekissens
9. Beteiligung an der Ausarbeitung einer überregionalen Breitbandstrategie für das Mölltal
10. Objekt Polan 42; Abschluss eines Mietvertrages mit Frau Judith Schwarzenbacher
11. Fonds zur Förderung der Wasserkraftregion Oberkärnten;
Beschlussfassung einer Zweckänderung für freie Mittel eines Förderantrages
12. Penker Steg; Bericht derzeitiger Zustand der Brücke und Beschluss Neubau oder Sanierung
13. Genehmigung des Stellenplanes 2019
14. Genehmigung des Voranschlages 2019
15. Genehmigung des mittelfristigen Finanzplanes
16. Kassenkredit 2019
 - a. Festlegung der Höhe
 - b. Vergabe des Kassenkredites
17. Personalangelegenheit

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister begrüßt das Kollegium des Gemeinderates, das im Zuhörerraum anwesende Publikum sowie den Schriftführer. Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er erwähnt, dass für das entschuldigt abwesende Mitglied Michaela Aichholzer Robert Unterrainer als Ersatzmitglied an der Sitzung teilnimmt. Er erklärt, dass heute auch die Finanzverwalterin, Frau Sigrid Aichholzer, infolge eines Krankenhausaufenthaltes leider an der Sitzung nicht teilnehmen kann und wünscht ihr von dieser Stelle beste Genesung. Daraufhin eröffnet der Vorsitzende die Sitzung um 15.00 Uhr.

Vor Inangriffnahme der Tagesordnung ersucht der Bürgermeister den Gemeinderat aus Aktualitätsgründen, eine Erweiterung der Tagesordnung um folgenden Punkt vorzunehmen:

„Regionale Partnerschaft mit dem VERBUND – Fassung eines Grundsatzbeschluss zur Weiterführung der Kreuzeckbahn bis 2034“

Die vom Bürgermeister beantragte Erweiterung der Tagesordnung wird vom Gemeinderat einstimmig genehmigt. Die Beratung zu diesem Punkt wird im Anschluss an die in öffentlicher Sitzung zu behandelnden Punkte, also vor Punkt 17 der Tagesordnung, erfolgen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Die heutige Fragestunde entfällt, nachdem keine schriftlichen Anfragen eingelangt sind.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zur Unterfertigung des Sitzungsprotokolls werden die Gemeinderäte Ing. Ronald Meixner und Norbert Sattlegger bestimmt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass das Mitglied des Gemeinderates Ulf Berger in der letzten Sitzung seinen Rücktritt angekündigt hatte. Der Verzicht wurde dann mittels schriftlicher Erklärung vorgelegt und mit 1. November 2018 wirksam. Daraufhin war nach den Bestimmungen der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlordnung das nächste Ersatzmitglied der anspruchsberechtigten Partei FPÖ auf das freie Mandat zu berufen. Dies wäre Werner Maier gewesen, der aber seinerseits mittels schriftlicher Erklärung die Annahme des Mandats abgelehnt hat. Dadurch rückt das bisherige Ersatzmitglied Birgit Huber in den Gemeinderat nach. Die Berufung von Frau Birgit Huber auf das freie Mandat ist durch den Gemeindegewahlleiter-Stellvertreter am 6. Dezember 2018 erfolgt. Frau Huber hat das Mandat angenommen.

Der Bürgermeister begrüßt daraufhin das neugewählte Mitglied des Gemeinderates in der Mitte des Kollegialorgans und nimmt gemäß § 21 (5) K-AGO die Angelobung des neuen Mitglieds vor.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Der Vorsitzende erklärt, dass durch das Ausscheiden von Ulf Berger auch die Nachbesetzung einer

Ausschussfunktion vorzunehmen ist. Dabei geht es um die der FPÖ-Fraktion zustehende Funktion des Obmannes/der Obfrau des Kontrollausschusses. Dazu wurde von der anspruchsberechtigten Partei für die Nachwahl heute folgender Wahlvorschlag eingebracht, den der Bürgermeister verliest. „In Entsprechung des § 26 (8) K-AGO wird von der FPÖ als vorschlagsberechtigter Gemeinderatspartei nach dem Ausscheiden von GR Ulf Berger infolge Mandatsverzichts folgende Person als Mitglied im Kontrollausschuss vorgeschlagen:

Obmann/Obfrau: GR Birgit Huber“

Daraufhin erklärt der Bürgermeister die neue Gemeinderätin, Frau Birgit Huber, in der neuen Funktion als Obfrau des Kontrollausschusses, für gewählt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Der Vorsitzende ruft in Erinnerung, dass der ausgeschiedene Gemeinderat Ulf Berger auch eine Funktion im Wasserverband Lurnfeld-Reißeck hatte. Und zwar war er Reißecker Vertreter im Kontrollausschuss des Verbandes.

Auf Vorschlag des Bürgermeisters soll diese Funktion nunmehr die neue Gemeinderätin Birgit Huber übernehmen. Der Vorschlag findet die ungeteilte Zustimmung des Gemeinderates und daraufhin wird einstimmig beschlossen, GR Birgit Huber als Mitglied in den Kontrollausschuss des Wasserverbandes Lurnfeld-Reißeck zu entsenden. Als Ersatzmitglied fungiert weiterhin unverändert GR Stefan Burger.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister berichtet, dass der Kontrollausschuss am 22. Oktober 2018 seine letzte Sitzung abgehalten hat. Er verliest das Protokoll dieser Sitzung, in welcher hauptsächlich die Prüfung der Belege für den Zeitraum von Mai bis August 2018 erfolgt ist. Die Prüfung erbrachte keinerlei Beanstandungen. Unter dem Punkt „Allfälliges“ kündigte damals der Obmann Ulf Berger seinen bevorstehenden Mandatsverzicht an, der ja mittlerweile vollzogen ist und heute schon Auswirkungen auf die Tagesordnung gehabt hat.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Kontrollausschusses zustimmend zur Kenntnis.

In der Folge ersucht der Bürgermeister die Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse um einen kurzen Tätigkeitsbericht 2018. Der Reihe nach berichten daher:

GR Tamara Penker als Obfrau des Familienausschusses

Der Ausschuss hat erst am Montag dieser Woche (10. Dezember) getagt und dabei einer erfreulichen Entwicklung festgestellt. So stehen heuer bisher 22 Geburten (!) lediglich 19 Sterbefälle gegenüber. Die traditionellen Besuche der „Alt-Reißecker“ in den Altenwohnheimen werden in der kommenden Woche noch erfolgen. Ein Bericht des Arbeitskreisleiters „Gesunde Gemeinde“, GR Helmut Stefan, wurde den Mitgliedern präsentiert. Die Fülle der informativen Vorträge soll 2019 etwas verringert werden, um die Bevölkerung nicht zu überfordern. Ein Gesundheitstag ist erst für 2020 wieder vorgesehen. Der Altentag wurde im November durch die Arbeitskreisleiterin „familienfreundliche gemeinde“, GR Melanie Rindler, organisiert und erfolgreich abgehalten. Mit einem Dank an die Mitglieder beendet die Obfrau ihren Bericht.

GR Heidi Moser als Obfrau des Finanzausschusses

Die Obfrau berichtet, dass die Überprüfung freiwilliger Leistungen auch heuer fortgesetzt wurde. Hier gibt es ja bekanntlich die 4%-Schwelle der Einnahmen des ordentlichen Haushalts als Grenze. Es muss aber gesagt werden, dass die gewährten Unterstützungen der Gemeinde in vielen Bereichen (Vereine, Kinder, Schulen, Mediathek, Landwirtschaft) durchwegs Sinn machen. Es werden Härtefälle abgefedert und die gute Arbeit in vielen Sparten entsprechend honoriert. Auch ein Betrieb wie das vorbildlich sanierte Schwimmbad rechtfertigt den großen Aufwand. Eine Hilfestellung sind auch die zuletzt beschlossenen Unterstützungen für die Imker in Form einer drei Jahre laufenden Bestäubungsprämie oder die Zuschüsse zur Engerlingbekämpfung durch die betroffenen Landwirte. Auch sie dankt den Mitgliedern des Ausschusses für die gute Arbeit und das gemeinsame Bemühen aller für konstruktive Lösungen.

GR Ing. Herbert Mandler als Obmann des Wirtschaftsausschusses

Der Obmann erklärt, dass es heuer nur zwei Sitzungen gegeben hat, weil die großen Bauvorhaben bereits in Umsetzung sind bzw. schon abgeschlossen werden konnten. Er listet die wichtigsten Punkte der Beratungen des laufenden Jahres auf. Das waren u. a. die Außengestaltung bei der VS Reißeck, die Erweiterung der Straßenbeleuchtung Gappen und Napplach, der textliche Bebauungsplan (der die Gremien auch 2019 noch beschäftigen wird), das e5-Programm, die Prüfung der laufenden Pachtverträge, die derzeit ganz aktuelle Thematik der Ortskernstärkung und anlassbezogen natürlich auch der Penker Möllsteg. Auch er nutzt die Gelegenheit, allen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit seinen Dank auszusprechen.

Diesem Dank an die Mandatare, die sich in den Ausschüssen, im Gemeindevorstand und Gemeinderat so konstruktiv einbringen, schließt sich auch der Bürgermeister an. Er ersucht abschließend noch den Arbeitskreisleiter „Gesunde Gemeinde“ um einen kurzen Jahresbericht. Der AK-Leiter, GR Helmut Stefan, erklärt, dass heuer 13 Fachvorträge organisiert wurden. Es wurden die Gesundheitstage abgehalten, bei denen 26 Firmen ihr Angebot präsentieren konnten. Es gab Vorträge zum Themenkreis Medizin/Natur/Kinder in Zusammenarbeit mit der VS Reißeck. Man will auch 2019 die Chance nutzen, den Bürgern interessante Vorträge zu vermitteln. In Abstimmung mit der Pfarre und der Mediathek will man das Programm aber etwas verkleinern. Heuer gab es nämlich insgesamt 26 Vorträge in der Gemeinde und damit ist eine Obergrenze erreicht worden. Fixpunkte für das kommende Jahr sind z. B. ein Kindernotfallkurs mit der VS Reißeck, eine interessante INFO über das Angebot des KH Samonigg oder ein Workshop über Naturkosmetik. Er dankt vor allem den Gemeindefacharbeiterinnen Claudia Reichhold und Judith Hartweger, die ihn bei seinem Programm immer wieder vorbildlich unterstützen. Einen Dank stattet er auch der FF-Penk ab, welche für die Gesundheitstage wieder die Tische aus dem FF-Haus Napplach zur Verfügung gestellt hat. Insgesamt, so sein Resümee, haben 2018 an die 1000 Personen die Vorträge der Gesunden Gemeinde besucht. Der Löwenanteil von rund 600 bis 700 davon entfällt allein auf die Gesundheitstage.

Der Bürgermeister dankt dem Arbeitskreisleiter für seinen unermüdlichen Einsatz und bedankt sich auch bei GR Melanie Rindler für die Organisation des Altentages und beim Amtsleiter, der bei Gemeindeveranstaltungen immer wieder als bewährter Moderator fungiert.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erwähnt die Tatsache, dass die FF-Penk mit einer Abordnung im Zuhörerraum vertreten ist. Der Grund dafür liegt auf der Hand, geht es doch heute unter anderem auch um die Frage von wichtigen Nachschaffungen und die entsprechenden Beschlüsse dafür. Die FF-Penk ist mit

dem Ansuchen an den Bürgermeister herangetreten, einen Grundsatzbeschluss für den Ankauf eines Tanklöschfahrzeuges TLFA 3000 bzw. TLFA 2000 zu fassen. Das derzeit in Verwendung stehende Fahrzeug wurde 1990 angeschafft und es gilt, einen Antrag an den Landesfeuerwehrverband so zeitgerecht einzubringen, dass die Auslieferung des neuen TLFA zum Jubiläum der Wehr im Jahr 2022 erfolgen kann. Die Förderfähigkeit ist gegeben. Das alte Fahrzeug wäre dann mehr als 30 Jahre im Einsatz gewesen. Bei der Neuanschaffung ist mit Gesamtkosten von rund € 400.000,-- zu kalkulieren. Die Unterstützung durch den Landesfeuerwehrverband und allfällige Zuschüsse vom Land (Bedarfszuweisung) werden den Aufwand für die Gemeinde zwar verringern, aber die Vorlaufzeit ist nötig, um auch die Finanzierung bis zur Auslieferung des Neufahrzeuges sicherzustellen. Der Bürgermeiste stellt den Punkt zur Diskussion.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger erklärt, dass jedes Gerät seine Ablaufzeit hat. Der Tausch muss rechtzeitig vorbereitet werden, um die notwendige Vorlaufzeit für die Erlangung der Landesförderung sowie Ausschreibung und Finanzierung zu haben. Es gibt hinsichtlich der Förderung durch den Landesfeuerwehrverband klare Richtlinien. Das Fahrzeug muss für Größe der Wehr und die entsprechenden Umstände passen. Für eine Landgemeinde ohne Stützpunktwehr kommt normaler Weise ein TLFA 2000 in Betracht. Die besonderen Umstände, wie Art und Ausdehnungen des Einsatzgebietes, großer Anteil an Bergregionen etc. rechtfertigen aber unter Umständen die Zuerkennung eines größeren und leistungsstärkeren Fahrzeuges. Die Eckdaten liegen jetzt noch nicht komplett am Tisch, weil sie auch von künftigen Landesrichtlinien und Ausschreibungen abhängen. Die Gesamtkosten sind aber sicher in der Größenordnung zwischen € 300.000,-- und € 400.000,-- anzusetzen. Von seiner Seite gibt es jedenfalls volle Zustimmung zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses, damit auch der Förderungsantrag zeitgerecht eingebracht werden kann.

Nachdem es ungeteilte Zustimmung gibt, unterbleiben weitere Wortmeldungen. Der Bürgermeister stellt daher selbst den Antrag, der Gemeinderat möge – unter Berücksichtigung der genannten zeitlichen Abfolge – einen Grundsatzbeschluss für den Ankauf eines TLFA 3000 bzw. TLFA 2000 für die FF-Penk fassen. Der entsprechende Vorantrag an den K-LFV soll demnach umgehend eingereicht werden.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) FF-Penk; Ankauf eines Öl-, Wasser-, Restlossaugers

Der Bürgermeister erklärt, dass die FF-Penk einen Antrag um Förderung durch den K-LFV für einen Öl-, Wasser-, Restlossauger einbringen möchte. Es handelt sich um eine Anschaffung in der Größenordnung von rund € 3.000,--, wofür eine 40%ige Landesförderung gewährt wird. Das Gerät kann z.B. überflutete Räume bis zum Boden säubern und bietet daher erhebliche Vorteile gegenüber einer normalen Tauchpumpe.

Vizebürgermeister Thomas Stefan erklärt, dass er bei der Voranschlagserstellung mit den Kommandanten beider Feuerwehren über anstehende Investitionen gesprochen hat. Dabei konnte man sich darauf einigen, dass nicht beide Wehren alle Ausrüstungsgegenstände benötigen, sondern dass man einander sinnvoll ergänzt. Aus diesem Grund gibt es heute von seiner Seite auch volle Zustimmung zu den Punkten a) und b). Beide Anschaffungen sind jetzt zu beantragen, werden aber erst 2020 budgetwirksam.

Es gibt ungeteilte Zustimmung und eine Empfehlung des Gemeindevorstandes zu beiden Punkten, sodass der Bürgermeister gleich mit der Berichterstattung zu Punkt b) fortsetzt.

b) FF-Kolbnitz; Ankauf eines Hebekissens

Wie der Vorsitzende erklärt, möchte die FF-Kolbnitz ein Hebekissen anschaffen, welches beim Heben schwerer Lasten enorme Vorteile bietet (KFZ-Unfälle, Forstunfälle etc.). Bei veranschlagten Gesamtkosten von € 5.000,-- gäbe es auch hier einen Landeszuschuss von maximal 40 %, gedeckelt mit € 2.700,--.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger meldet sich zu Wort und erklärt, dass sich die Einsatzvielfalt für die Feuerwehren in den letzten Jahren erhöht hat. Es ist daher zu begrüßen, wenn die entsprechenden Hilfsmittel in der Gemeinde vorhanden sind. Diese Ansicht vertritt auch GR Ing. Herbert Mandler, der die vorgesehenen Ankäufe als gute Investition in die Sicherheit der Bürger ansieht. Das Hochwasser Ende Oktober hat einem wieder vor Augen geführt, wie wichtig es ist, über schlagkräftige und gut ausgerüstete Einsatzkräfte zu verfügen.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den Beitragsleistungen zu den unter a) und b) erläuterten Förderanträgen der beiden Feuerwehren die Zustimmung erteilen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Der Bürgermeister meint nach der Beschlussfassung, dass die Katastropheneinsätze der letzten Wochen gezeigt haben, wie ernst man dieses Thema nehmen muss. Angesichts der Veränderung der klimatischen Verhältnisse und der nicht sehr optimistischen Prognosen, wird man u. U. in Zukunft häufiger und in kürzeren Abständen mit Unwetterereignissen zu rechnen haben.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Der Vorsitzende setzt den Gemeinderat davon in Kenntnis, dass es im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz Ende Oktober in Winklern ein mehrheitliches Bekenntnis der Gemeindevertreter gab, eine überregionale Breitbandstrategie für das Mölltal auszuarbeiten. Die Breitbandinitiative Kärnten GmbH unter Herrn Peter Scharck soll dieses Projekt begleiten. An Kosten würden für jede Gemeinde € 5.000,-- anfallen. Wie der Bürgermeister dazu erklärt, war bei der Konferenz in Winklern leider kein Vertreter aus Reißbeck anwesend. Er möchte daher noch Informationen über die geplante Initiative einholen und einen allfälligen Beitritt erst beschließen, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen. Er ersucht daher, den Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Die Absetzung des Tagesordnungspunktes wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Der Vorsitzende informiert den Gemeinderat darüber, dass Judith Schwarzenbacher nach der Schließung des Friseursalons KMH in Oberkolbnitz den Entschluss gefasst hat, sich selbständig zu machen. Auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für einen kleinen Friseursalon wurde die Überlegung angestellt, die ehemaligen Saunaräume im Schwimmbadgebäude dafür zu verwenden. Nach Besichtigung und grundsätzlicher Zustimmung durch den Gemeindevorstand hat sich Frau

Schwarzenbacher mit Unterstützung der Familie und ihres Lebensgefährten sofort daran gemacht, die Räume in Eigenregie zu adaptieren. Mittlerweile hat sie auch die Meisterprüfung abgelegt. Die Eröffnung des neuen Salons, der sich gut in das Bad einfügt und voll barrierefrei ausgestattet ist, steht unmittelbar bevor. Jetzt gilt es, eine vertragliche Regelung für die Miete im Objekt Polan 42 festzulegen. Frau Schwarzenbacher hat rund € 38.000,-- für die Baumaßnahmen aufgewendet (Materialaufwand, Fremd- und Eigenleistungen). Durch die geringe Fläche kommt man bei Anwendung des Quadratmeterpreises vom Badstüberl auf eine Monatsmiete von rund € 110,--. Es wurde daher gemeinsam besprochen, Miete und auch Betriebskosten als Vorauszahlung anzuerkennen und so lange gegenzuverrechnen bis die Investitionskosten aufgebraucht sind.

Referent Vizebürgermeister Thomas Stefan drückt, wie der Bürgermieter, sein Freude darüber aus, dass es gelungen ist, eine junge Unternehmerin in der Gemeinde zu halten und damit gleichzeitig das Bad zu beleben. Zum Verständnis der vorgesehenen Mietregelung erläutert er einige Punkte. Die genannten € 38.000,-- sind ausschließlich Investitionen am Gebäude (keine Einrichtungsgegenstände, kein Friseurbedarf etc.) und betreffen Wände, Böden, Fenster, Heizung und alle Bauteile, die im Gebäude verbleiben. Es ist geplant, den Mietvertrag mit geleisteter Vorauszahlung voll an den Bestandsvertrag mit dem Badstüberlpächter anzulehnen. Genaue Modalitäten (keine Abgeltung bei vorzeitigem Ausstieg, keine Unterverpachtung etc.) sind noch zu formulieren.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger erklärt, dass die Idee für den Standort in der alten Sauna im „Schwimmbad“ eigentlich bei einem Gespräch am Dorfplatz von ihm gekommen war. Judith Schwarzenbacher und ihre Lebensgefährtin Ulf Berger waren sofort Feuer und Flamme. Es bleibt zu hoffen, dass es am Standort Schwimmbad zu einer gegenseitigen Befruchtung und guten Entwicklung für alle Beteiligten kommt. Er kann die Jungunternehmerin, die im Zuhörerraum anwesend ist und der er alles Gute für die Selbständigkeit wünscht, nur unterstützen.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger stellt nach Abschluss der Beratung auch den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem vorgesehenen Mietvertrag mit Frau Judith Schwarzenbacher zuzustimmen. Dabei sollen die getätigten Investitionen von € 38.000,-- als Vorauszahlung gewertet und mit der Miete in Höhe von € 110,-- monatlich und den Betriebskosten gegenverrechnet werden. Die Details des Vertrages mit genauen Formulierungen und den in der Beratung genannten Vorgaben sind noch zu erstellen. Das Mietverhältnis soll mit 1. Jänner 2019 beginnen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat in allen Punkten einstimmig angenommen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister berichtet, dass bei einem alten und längst abgeschlossenen Förderfall beim Fonds zur Förderung der Wasserkraftregion Oberkärnten, nämlich beim Erwerb der Gewerbefläche aus dem Konkursfall Lea Walter, ein verbleibender Rest von € 4.255,38 stehen geblieben ist. Die Zweckänderung dieser Mittel, welche der Gemeinde Reißbeck aus den Fördergeldern noch zustehen, wurde mit Schreiben vom 15. November 2015 bereits beim Fonds angemeldet. Als formaler Akt ist dazu noch ein Beschluss des Gemeinderates für die Änderung der Verwendung erforderlich. Um die Mittel „umschichten“ und in der Folge abrufen zu können, ist die Zweckänderung auf das laufende Vorhaben „Volksschule Kolbnitz – Generalsanierung“ vorgesehen.

Es gibt für diese vorgesehene Zweckänderung eine einstimmige Empfehlung des Gemeindevorstandes.

Dazu stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und der Übertragung des Restbetrages von € 4.255,38 aus dem abgeschlossenen Projekt „Lea Walter“ auf das laufende Vorhaben „Volksschule Kolbnitz – Generalsanierung“ die Zustimmung erteilen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister setzt den Gemeinderat davon in Kenntnis, dass die Entscheidungsgrundlagen für den Penker Steg nunmehr vorliegen. Ein Gutachten von DI Stranner vom 15. November stellt die Kosten der Sanierung jenen einer Neubauvariante gegenüber. Dazu ersucht er Referent Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger um seinen Bericht. Der Vizebürgermeister erinnert daran, dass die Angelegenheit ja schon in der letzten Sitzung des Gemeinderates akut war. Durch die Hochwassersituation musste dann die teilweise Sperre in eine Komplettsperre, von der auch die Fußgänger betroffen sind, umgewandelt werden. Grundlage dafür war ein nach neuerlicher Prüfung von DI Stranner erstelltes Gutachten vom 12. November mit folgendem Resümee: „Aufgrund weiterer nach dem Hochwasserereignis vom 30 – 31. 10. 2018 festgestellter Beschädigungen und Schwingungen am Tragwerk des Penker Stegs, besteht akute Einsturzgefahr und ist die Brücke ab sofort für jeglichen Verkehr bis auf Weiteres zu sperren.“ Daraufhin wurde zur Sicherheit der Schulkinder und Busbenützer von Penk Sonnseite umgehend veranlasst, dass im Bereich der Bundesstraßeneinfahrt Penk eine zusätzliche Busbucht eingerichtet wird. In Abstimmung mit der Bezirkshauptmannschaft, dem Straßenmeister, der Postbus AG und dem Grundbesitzer wurde eine Lösung gefunden und mittlerweile umgesetzt. Seit Montag, den 10. Dezember ist die Haltestelle in Betrieb. In Absprache mit dem Grundbesitzer, Herrn Walter Unterweger vlg. Fradl, soll es nach Wegfall der Voraussetzungen nicht zu einem teuren Rückbau kommen, sondern die Fläche von ca. 50 – 60 m² kann abgelöst werden, sodass auf die Verkehrsfläche im Bedarfsfall wieder zurückgegriffen werden kann. Wie der Referent ausführt, gab es aus der Bevölkerung teilweise heftige Kritik an der Sperre. Dazu erklärt er, dass der Bürgermeister grob fahrlässig handeln würde, wenn er das Gutachten des Zivilingenieurbüros missachten würde. Seit Mitte November liegt von DI Stranner auch die Expertise mit der Gegenüberstellung der Kosten für eine Sanierung des Steges bzw. für einen Neubau (ohne Piloten/Pfeiler im Flussbett) vor. Die Bruttokosten liegen rund € 50.000,-- auseinander und werden für den Neubau mit ca. 250.000,-- und für die Sanierung mit ca. 200.000,-- beziffert. Von der Brückenbauabteilung des Landes wurde die Variante mit einer Art „Behelfsbrücke“ ins Spiel gebracht. Eine derartige Konstruktion mit Fachwerksträgerelementen könnte kostengünstiger und vor allem rasch realisiert werden. Über DI Jobst von der Abteilung 9 wurde mitgeteilt, dass eine derartige Brücke, allerdings noch ohne die Widerlager, deren Zustand noch zu prüfen ist, um brutto rund € 175.000,-- herzustellen wäre. Mit allen notwendigen Zusatzleistungen wäre ein Rahmen von € 200.000,-- einzuhalten. Ein Referenzprodukt wäre die in Landskron errichtete Brücke. Der Bauausschuss hat sich in seiner Beratung für die Umsetzung dieser Variante ausgesprochen, weil sie eben rasch und kostengünstig hergestellt werden kann und alle Erfordernisse erfüllt. Die Brücke ist bei einer Breite von 2,60 m geeignet für Fußgänger, Radfahrer und auch Reiter. Vom Land gibt es – auch angesichts des Bekenntnisses, den Radweg R8 dauerhaft auf dieser Strecke zu belassen – eine Zusage von LR Gruber für eine 50%ige Förderung. Von DI Bidmon wurde, im Hinblick auf die besondere Situation sogar eine Förderung bis zum Ausmaß von 2/3 in Aussicht gestellt. Es gibt auch noch die Abklärung einer möglichen Förderung über das LEADER-Programm. Heute sollte, angesichts der Situation und der Empfehlung des Bauausschusses, ein Grundsatzbeschluss für den Neubau in der Fertigteilvariante gefasst werden, damit die wichtige Verkehrs-

Verbindung für die betroffene Bevölkerung möglichst rasch wieder hergestellt werden kann.

Der Bürgermeister unterstreicht die Worte des Referenten. Die Verfügung der Sperre war angesichts des Gutachtens unumgänglich. Die Errichtung der Ersatzbusbuch für Penk-Sonnseite wurde sofort veranlasst und mittlerweile – mit einigem Kostenaufwand – realisiert. Jetzt geht es um die Schaffung einer rasch umsetzbaren und dauerhaften Lösung für die Brücke.

GR Ing. Herbert Mandler geht nochmals auf den Bericht von Vizebürgermeister Ing. Unterweger ein. Die Variantenuntersuchung durch ZT Stranner ist ja im Auftrag des Landes erfolgt. Ein Neubau ist einer Sanierung der alten Holzbau-Brücke deutlich vorzuziehen. Ein „klassischer“ Neubau benötigt rund ein halbes Jahr Vorlaufzeit für Planung, wasserrechtliche Genehmigung etc. Der Vorschlag des Landes, eine Art Behelfsbrücke in einer Stahlfachwerkkonstruktion herzustellen, bietet den Vorteil, dass die Kosten mit den genannten Beträgen von brutto ca. 170.000,-- in Grenzen gehalten werden können und dass die Brücke innerhalb von zwei bis drei Monaten geliefert und montiert werden kann. Es gibt im Prinzip nur einen Anbieter und das Land kann mit der Brückenmeisterei evtl. unter Zuhilfenahme des Bundesheeres das Bauwerk errichten. Man kann mit dieser Brücke zwar keinen Schönheitspreis gewinnen, aber das ist auch nicht notwendig. Wichtig ist, dass die Brücke mit rund 40 m Spannweite auch für Pferde geeignet ist. Das ist angesichts der beschichteten Stahl-Bodenplatten gewährleistet. Außerdem ist die seitliche Fachwerkkonstruktion 1,60 m hoch, wodurch zusätzliche Sicherheit für Radfahrer und Reiter geboten ist. Sein Wunsch wäre es, dass nach der heutigen positiven Beschlussfassung die Bewohner der Kohlstatt bereits zu Ostern zu Fuß über die neue Brücke zur Fleischweih gehen können.

In der Beratung weist der Bürgermeister nochmals auf den Umstand hin, dass der Geschäftsführer der Leader-Region bereits angewiesen wurde, die Förderungsmöglichkeiten zu prüfen.

GR Ing. Mandler ergänzt, dass auch der Katastrophenschaden angemeldet wurde, sodass u. U. tatsächlich die in Aussicht gestellte 2/3 Förderung zu erlangen sein wird.

GR Melanie Rindler ist als Mutter zweier Fahrschüler auch persönlich betroffen und wünscht sich die zeitnahe Realisierung der Verbindung über die Möll.

Nach Abschluss der Beratung stellt Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger den Antrag, der Gemeinderat möge den Beschluss fassen, den Neubau des Penker Möllsteges nach dem Vorschlag der Abteilung 9 des Amtes der Landesregierung – Straßen- u. Brückenbau, rasch zu realisieren. Für die Umsetzung dazu allenfalls notwendiger kurzfristiger Entscheidungen soll zugleich der Gemeindevorstand mit der Ermächtigung ausgestattet werden, diese Entscheidungen zu treffen.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag in allen Punkten einstimmig zu.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt dem Schriftführer das Wort. Dieser berichtet, dass die Erstellung des Stellenplanes 2019 nach den gesetzlichen Grundlagen und in Abstimmung mit der Gemeindeabteilung des Landes Kärnten sowie dem Gemeindevorstand erfolgt ist. Kurz erläutert er die Zuordnung der Stellen in den parallel ausgewiesenen Ansätzen nach dem Kärntner Gemeindebedienstetengesetz (K-GBG) und dem Kärntner Gemeindefachangestellten-Gesetz (K-GMG). Die Planstellen sind in der Verordnung anonymisiert ausgewiesen und werden durch den Schriftführer von ihrer Zuordnung her kurz erläutert. Gegenüber dem Vorjahr gab es eine Änderung und zwar hinsichtlich der Bewertung der Planstelle für den neuen Mitarbeiter im Wirtschaftshof. Damit

ist auch die Grundlage für die heute unter dem Punkt „Personalangelegenheit“ vorgesehene Entscheidung geschaffen.

Der Bürgermeister dankt für die Berichterstattung. Nachdem es dazu keine Fragen gibt, stellt der Vorsitzende selbst den Antrag, der Gemeinderat möge die Stellenplanverordnung 2019, wie vorgelegt, vom Amtsleiter erläutert und mit der Gemeindeaufsicht und dem Gemeinde-Servicezentrum abgestimmt, genehmigen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt Vizebürgermeister Thomas Stefan das Wort. Dieser bedankt sich eingangs der Berichterstattung zum Voranschlag 2019 bei der heute leider abwesenden Finanzverwalterin für die ausgezeichnete Vorbereitung. Er wünscht ihr von dieser Stelle beste Genesung und ein frohes Weihnachtsfest. Wie der Referent erwähnt, gab es auch eine problemlose Abnahme des Entwurfes durch die Aufsichtsbehörde.

Der Vortrag des Referenten enthält alle wesentlichen Eckdaten und erfolgt mittels Power-Point-Präsentation. Diese Präsentation ist dem Original des Protokolls als Anhang angeschlossen. Die Übersicht stellt sich wie folgt dar:

ORDENTLICHER HAUSHALT

Summe der Einnahmen:	€ 4.464.900,00
Summe der Ausgaben	€ 4.464.900,00

Allgemeine Erläuterungen

Die Budgetierung 2019 bestand in der Herausforderung, einerseits ein ausgeglichenes Budget zu erstellen, andererseits doch für eine finanzielle Grundlage und eine weitere positive Entwicklung in allen Bereichen der Gemeinde zu sorgen sowie die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Aufgrund des vor 2 Jahren geänderten Verteilungsmodells für Bedarfszuweisungen sind der Gemeinde Reijbeck die gleichen Landesmittel wie 2018 zugesichert worden:

BZ- Grundrahmen: 320.000,--

Gemeindefinanzausgleich: 279.000,--

Die BZ Mittel sind überwiegend für Vorhaben des außerordentlichen Haushalt eingesetzt. Ebenso wurden € 97.900,00 zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes herangezogen

Im Vergleich mussten wir 2018 den Haushalt noch mit € 189.900,-- ausgleichen!

2019 waren dafür lediglich € 97.900,-- notwendig und dies ermöglicht uns einen etwas größeren „Spielraum“ für anstehende Projekte!

Der Grund dafür liegt bei einer positiven Entwicklung der Transferzahlungen die folgende Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen zur Folge haben:

Minderausgaben

Betriebsabgangsdeckung Krankenanstalten € 15.000,--

Landesumlage € 4.100,--

Mehreinnahmen

Ertragsanteile Bund € 48.700,--

Überschuss Haushaltsjahr 2018 € 20.000,--

Bereits berücksichtigte Ermessensausgaben:

- Erneuerung von 15 Stk Löschwasserhydranten
- FF Kolbnitz
 - Schutzausrüstung (Bergegeschirr/Sicherheitsgurte)
 - Atemschutzuntersuchungen
 - Mehraufwand Fahrzeugservice
- FF Penk
 - Schiebeleiter
 - Atemschutzüberprüfung und Untersuchung
 - Mehraufwand Fahrzeugservice
- Mehraufwand Instandhaltung Sportplätze
- Gemeindeanteil Fertigstellung Hofzufahrt Rindler Egon
- Mehraufwand für Kindergarten Abgangsdeckung (3. Gruppe)

Ebenso konnten wieder alle freiwilligen Leistungen berücksichtigt werden, wie z.B:

- Schülerbeförderung
- Kindergartentransporte
- De-minimisförderungen (Besamung- und Bestäubungsprämie)
- Unterstützung Nahversorger
- Betriebskostenübernahme Sportverein usw.

Die Präsentation enthält im Anhang zum Original des Protokolls auch eine gruppenweise Aufgliederung der Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt, welche hier nicht separat angeführt ist.

Der AO-Haushalt enthält in Einnahmen und Ausgaben folgende bestehende und neue Vorhaben:

•	<i>BESTEHENDE VORHABEN</i>	
•	<i>Generalsanierung VS Reißbeck BA02</i>	€ 87.200,--
•	<i>Sanierung Freibad BA 02</i>	€ 152.500,--
•	<i>Winter- und Sommertouristische Entwicklung Teuchl – Gesamt 155.000,-</i>	€ 50.000,--
•	<i>NEUE VORHABEN</i>	
•	<i>San Teuchlstraße BA04 - Gesamt 180.000,-</i>	€ 36.000,--
•	<i>Katastrophenschäden Teuchl - Gesamt 200.000,-</i>	€ 200.000,--
		€ 525.700,--

Besondere Erwähnung finden im Vortrag des Finanzreferenten folgende Umstände:

- Gleichbleibende BZ-Mittel bis 2021 ergeben Planungssicherheit.
- Die knappe Überschreitung der 4 %-Grenze bei den freiwilligen Leistungen wird von der Aufsichtsbehörde toleriert (weil z. B. auch die Nahversorgerförderung enthalten ist).
- Für die Katastrophe Teuchl (neue Straße) im Ausmaß von € 200.000,-- gibt es eine Sonderfinanzierung (50 % KATA-Fonds/40 % ländl. Wegenetz/25 % KTP + 25 % Sonderförderung auf die Restsumme) Der Gemeindeaufwand reduziert sich dadurch auf rund € 34.000!

Auftretende Fragen können während des Vortrages geklärt werden. Der Bürgermeister nimmt noch Bezug auf die notwendigen Investitionen nach den Katastrophenschäden. Dadurch muss die für 2019 eigentlich ins Auge gefasste Sanierung der Danielsbergstraße um ein Jahr nach hinten ver-

schoben werden. Der Straßenzustand und die Tatsache, dass ein Vorzeigebetrieb der Gemeinde von dieser Erschließung abhängig ist, machen eine baldige Sanierung dringend erforderlich.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt und einstimmige Empfehlungen des Gemeindevorstandes vorliegt, stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge den Voranschlag 2019 im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, wie erstellt und erläutert, beschließen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Vizebürgermeister Thomas Stefan bleibt am Wort und erklärt, dass aus rechtlichen Gründen auch der mittelfristige Finanzierungsplan beschlossen werden muss. Es gibt allerdings dazu keine Gemeinderatsvorlage, weil es sich dabei lediglich um die Fortschreibung des Voranschlages für den Zeitraum 2019 auf die Folgejahre bis 2023 handelt. Berücksichtigt sind jährlich kleine prozentuelle Erhöhungen, aber keine BZ-Mittel und keine Finanzausweisungen. Tatsache ist, dass sich ohne diese jährlichen Zuwendungen der Haushaltsausgleich nicht erzielen lässt. Diese „künstliche Spreizung“ des Voranschlages 2019 auf weitere 4 Jahre ist für ihn wenig aussagekräftig und die Vergangenheit hat gezeigt, dass der mittelfristige Finanzplan durch die tatsächlichen Voranschläge eigentlich immer ad absurdum geführt wird.

Auch der Bürgermeister teilt die Auffassung des Finanzreferenten und meint, dass man mit der Beschlussfassung einer Vorgabe nachkommt. Für ihn gilt hier der Grundsatz: „Papier ist geduldig“.

Eine Diskussion unterbleibt und Vizebürgermeister Thomas Stefan stellt dazu den Antrag, der Gemeinderat möge den mittelfristigen Finanzplan 2019 bis 2023, wie erstellt und von ihm erläutert, genehmigen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 16 der Tagesordnung:

a) Festlegung der Höhe

Der Bürgermeister erteilt dem Finanzreferenten, Vizebürgermeister Thomas Stefan, das Wort. Dieser erklärt, dass – infolge der Budgetzahlen – ein Kassenkredit in Höhe von € 744.150,-- möglich wäre. Das gesetzliche Limit beträgt ein Sechstel der Einnahmen im ordentlichen Haushalt. Im Vorjahr wurde bekanntlich beschlossen, den Kassenkredit mit € 500.000,-- zu fixieren. Eine gleichlautende Empfehlung wurde auch heuer vom Gemeindevorstand abgegeben. Basis für die Vergabe ist ein Angebot der RAIBA Lurnfeld-Reißeck. Diesem Geldinstitut soll laut der einstimmigen Vorstandsempfehlung der Zuschlag erteilt werden.

Aufgrund der unter Umständen notwendigen Vorfinanzierung von Katastrophenschäden im Jahr 2019 könnte der Fall eintreten, dass der Kassenkredit von € 500.000,-- zeitweilig nicht ausreicht. Für diesen Fall ersucht der Finanzreferent den Gemeinderat, dem Gemeindevorstand mit dem heutigen Beschluss zugleich die Ermächtigung zu erteilen, eine Anhebung bis auf das gesetzliche Höchstausmaß kurzfristig vornehmen zu können.

b) Vergabe des Kassenkredits

Nachdem unter Punkt a) einvernehmlich besprochen wurde, das gesetzlich mögliche Limit vorerst nicht auszuschöpfen und den Kassenkredit mit € 500.000,-- festzulegen, bleibt Vizebürgermeister Thomas Stefan am Wort. Im Vorfeld der Vergabeentscheidung des Kassenkredites wurde, wie bereits unter Punkt a) erwähnt, nur ein Offert von der ansässigen Raiffeisenbank Lurnfeld-Reißeck eingeholt. Die Konditionen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert und lauten weiterhin wie folgt:

*Fixzinssatz von 0,95 % p.a., Verrechnung vierteljährlich dekursiv,
Spesen: einmalige Bearbeitungsgebühr von € 200,-- pro Vertragserstellung
sowie eine Rahmenprovision von 0,25 % p.a.*

Nachdem es ungeteilte Zustimmung zur Vorstandsempfehlung gibt, unterbleibt eine weitere Diskussion.

Vizebürgermeister Thomas Stefan stellt daher die Anträge,

zu Punkt a)

den Kassenkredit nicht voll auszuschöpfen und mit einer Höhe von € 500.000,-- festzulegen sowie den Gemeindevorstand mit der Ermächtigung auszustatten, sollte es kurzfristig erforderlich sein, eine Erhöhung des Kassenkredites bis zum möglichen Höchstausmaß von € 744.150,-- vorzunehmen sowie

zu Punkt b)

den Kassenkredit für 2019 im Ausmaß von € 500.000,--, mit dem Fixzinssatz von 0,95 % und den angebotenen Konditionen an die Raiffeisenbank Lurnfeld-Reißeck zu vergeben.

Beide Anträge werden vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Vor Inangriffnahme des letzten Tagesordnungspunktes „Personalangelegenheit“ erinnert der Bürgermeister an den eingangs gefassten Beschluss, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu erweitern:

„Regionale Partnerschaft mit dem VERBUND – Fassung eines Grundsatzbeschluss zur Weiterführung der Kreuzeckbahn bis 2034“

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass es diese Woche ein Gespräch mit Dir. DI Dr. Gruber, Werksgruppenleiter DI Dr. Mayrhuber und dem Techniker David Giefing gegeben hat. Seitens der Gemeinde haben an diesem INFO-Gespräch der Bürgermeister, die beiden Vizebürgermeister, GR Ing. Herbert Mandler und der Amtsleiter teilgenommen. Wie den Medien bereits zu entnehmen war, plant der VERBUND Investitionen in der Größenordnung von rund 100 Mio Euro und möchte damit drei Bereiche verbessern. Vorgesehen sind technische Verbesserungen im Bereich des KW Galgenbichl im Maltatal, der Wechsel der Pumpen vom Hattelberg in das KW Reißeck und auch ein Tausch der Pumpen beim KW Rottau. Die erfreuliche Botschaft im Zusammenhang mit den vorgesehenen Investitionen ist der Umstand, dass der VERBUND die Möglichkeit nutzen will, die regionale Partnerschaft mit den Gemeinden Reißeck und Mühldorf zu stärken, den gemeinsamen Weiterbetrieb der Kreuzeckbahn bis 2034 (Ende der Konzession) sicherzustellen und für Infrastrukturmaßnahmen notwendige Mittel bereitzustellen. Unter anderem sollen realisiert werden:

- Infozentrum samt zugehöriger Infrastruktur beim KW Reißeck (Schaukraftwerk)
- Verbindungsweg Kreuzeckbahn – Schaukraftwerk über die Möll (d.h. Verbesserung des Bestandes oder Bau einer neuen Brücke)
- Aufwertung der Berg- und Talstation der Kreuzeckbahn auf „VERBUND-Standard“

Angesprochen wurde beim INFO-Gespräch natürlich auch die Beteiligung der Gemeinde hinsichtlich Radweganbindung, Schaffung geeigneter Parkplätze etc. Diesbezüglich wird es weitere Gespräche geben und man möchte natürlich auch alle Fördermöglichkeiten ausschöpfen und auch das Land mit ins Boot holen.

Der Bürgermeister erwähnt, dass die geplanten Maßnahmen sehr erfreulich sind, weil damit der Bahnbetrieb bis zum Konzessionsende sichergestellt wäre. Einer deutlichen Verbesserung der Infrastruktur der Bahn kann die Gemeinde nur zustimmen. Allerdings kommt der Sinneswandel des VERBUND etwas überraschend, weshalb man auch mit Argusaugen auf alle weiteren Schritte und Entscheidungen des Energieriesen achten werde.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger, der dem Gespräch ja beigewohnt hatte, zeigt sich ebenfalls erfreut, dass der VERBUND der Region auch etwas zurückgeben will. Nach der bedauerlichen Stilllegung der Reißeckbahn sind die vorgesehenen Verbesserungen bei der Kreuzeckbahn ein positiver Impuls. Zum Problem des Pumplärms wird es ja kommende Woche noch ein Gespräch mit der Firmenleitung und der Bürgerinitiative geben, bei dem das aktuelle Schallgutachten diskutiert werden soll. Die Ankündigung, neue Pumpen auf der Rottau einzubauen, ist völlig neu. Bisher hatte es immer geheißen, ein Tausch ließe sich aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht verwirklichen. Jetzt argumentiert man mit einer Effizienzsteigerung und es bleibt zu hoffen, dass mit dem Tausch auch eine Verbesserung der Lärmsituation einhergehen wird. Der Zusammenarbeit beim Betrieb der Kreuzeckbahn und der damit zusammenhängenden Verbesserung der Infrastruktur kann man nur zustimmen. Die Gemeinde ist bei der Anbindung an den R8, bei der Schaffung geeigneter Parkplätze und evtl. bei der künftigen Erhaltung der Wegverbindung gefordert. Diese Punkte sind aber noch im Detail zu verhandeln.

Der Bürgermeister erklärt, dass er bezüglich der neuen Überlegungen für den Pumpentausch mit den Technikern der VERBUND gesprochen habe. Man erwartet sich eine Effizienzsteigerung von rund 30 %. Das rechtfertigt natürlich die Investition. Größere Maschinensätze werden allerdings auch eine Wasserrechtsverhandlung bedingen und die Gemeinde wird ganz genau darauf achten, welche Veränderungen das mit sich bringt. Man werde jedenfalls in der Vergangenheit begangene Fehler nicht wiederholen und im Anlassfall bei Verhandlungen den nötigen rechtlichen Beistand holen, um für die Gemeinde und die Bürger das Beste herauszuholen.

Auch GR Ing. Herbert Mandler ortet in den Investitionen des VERBUND Vorteile für die Gemeinde. Die Sicherung der Bahn bis 2034 und die Verbesserung der gesamten Infrastruktur löst unter Umständen auch positive Impulse auf die Bereitschaft der Hüttenbesitzer/-bewirtschafter aus, wieder Investitionen vorzunehmen. Das Signal der Gemeinde sollte also sein, dass man – bei aller gebotenen Skepsis – sehr wohl bereit ist, gemeinsam etwas weiterzubringen.

Diese Ansicht teilt auch GR Birgit Huber. Sie spricht sich für eine grundsätzliche Zustimmung der Gemeinde zu jeder Verbesserung aus. Die Bereitschaft der Gemeinde für eine gute Zusammenarbeit ist da, aber man sollte auch auf der Hut bleiben, was die weiteren Pläne des VERBUND betrifft.

Der Bürgermeister stellt nach Ende der Debatte den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, sich zur regionalen Zusammenarbeit mit der VERBUND zu bekennen und damit die Weiterführung

der Kreuzeckbahn bis 2034 sicherzustellen. Zu den Details der Zusammenarbeit und zur Beteiligung der Gemeinde an den Infrastrukturmaßnahmen sind die entsprechenden Gespräche zu führen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Vor der Behandlung des Punktes „Personalangelegenheit“ ersucht der Bürgermeister die anwesenden Zuhörer den Saal zu verlassen. Er nimmt diese Bitte auch zum Anlass, den Zuhörern und ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein herzliches Glück auf für 2019 zu wünschen. Den anwesenden Vertretern der Feuerwehr spricht er nochmals seinen Dank für die gezeigte Einsatzbereitschaft im abgelaufenen Jahr aus.

Nachdem die Zuhörer den Saal verlassen haben, setzt der Gemeinderat die Beratung fort.

Punkt 17 der Tagesordnung:

Der Punkt 17 der Tagesordnung „Personalangelegenheit“ wird vom Gemeinderat unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten.

Nach Erledigung der Tagesordnung gibt es die bereits zur Tradition gewordenen kurzen Ansprachen des Bürgermeisters und der Fraktionsvertreter. Der Bürgermeister nimmt seine Wortmeldung zum Anlass, festzustellen, dass die Arbeit im Gemeinderat von einem konstruktiven Miteinander geprägt ist. Die positive Grundhaltung und das angenehme Klima werden den Bürgern auch vom Gemeindeamt und den Mitarbeitern vermittelt. Deshalb und auch angesichts der recht guten Budgetzahlen blickt er auch positiv auf die kommenden Aufgaben und das neue Jahr. Er spricht den Mandataren und Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz und ihre Arbeit während des ganzen Jahrs seinen Dank aus. Mit den Neujahrswünschen für die Gemeinderäte sowie die Mitarbeiter und deren

Familien spricht er auch den Wunsch aus, dass alle ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien verbringen mögen. Er schließt mit einem Glück auf für 2019.

Nachfolgend danken auch die jeweiligen Fraktionsvertreter allen Mandataren sowie den Mitarbeitern der Gemeinde für die gute Zusammenarbeit und wünschen dem gesamten Kollegium und der Belegschaft der Gemeinde ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2019. Als Sprecher für ihre Fraktionen fungieren dabei GR Ing. Herbert Mandler, der besonders die Fülle der anstehenden Aufgaben und vor allem das angenehme Klima im Gemeinderat hervorhebt, Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger, der einen Schwerpunkt auf das Thema Gesundheit legt und dem Bürgermeister nach seiner gut überstandenen Operation weiterhin beste Genesung wünscht sowie für die FPÖ-Fraktion das heute neu angelobte Mitglied Birgit Huber. Letztere spricht neben den besten Wünschen an das Kollegium, angesichts einer gerade überstandenen Krankheit auch die Bedeutung der Gesundheit als ganz wichtigen Faktor an.

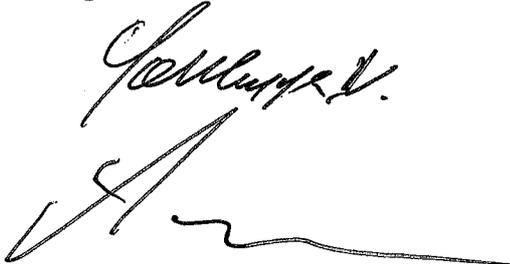
Abschließend ersucht der Schriftführer die Mandatare wieder – wie im Vorjahr – die Jahreskalender für 2019, deren Lieferung für die kommenden Tage zu erwarten ist, an die Haushalte zu verteilen.

Nach Erledigung der Tagesordnung gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Der Vorsitzende dankt nochmals den Mitgliedern des Gemeinderates und spricht die Einladung zu einem anschließenden gemeinsamen Abendessen im Gasthaus Kirchenwirt in Kolbnitz aus. Damit schließt er die Sitzung um 17:33 Uhr.

Mitglieder des Gemeinderates:

Der Bürgermeister:

Der Schriftführer:

The image shows two handwritten signatures in black ink. The first signature is written in a cursive style and appears to be 'G. Mandler'. The second signature is also cursive and appears to be 'J. P. Unterweger'. Both signatures are positioned below the text 'Mitglieder des Gemeinderates:'.The image shows two handwritten signatures in black ink. The first signature is written in a cursive style and appears to be 'H. Mandler'. The second signature is also cursive and appears to be 'B. Huber'. Both signatures are positioned below the text 'Der Bürgermeister:' and 'Der Schriftführer:'.